

Aus der mitteleuropäischen Presse Polen

Die polnischen KMU in Erwartung des Beitrittes zur Europäischen Union

Auf Grundlage eines in der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ im Februar 2003 erschienenen Artikels. *Aus dem Polnischen von Michael Derrer.*

Eine klare Mehrheit der polnischen KMU will in die Europäische Union, da sie darin Vorteile für sich sieht. Wenn unsere Unternehmer dabei etwas fürchten, so ist es die verschärfte Konkurrenz aus dem Ausland. Bereiten sie sich auf diese vor?

Verschärften Wettbewerb fürchten fast 70% der Unternehmen – so das Resultat einer vor kurzem bei 1181 Firmen durchgeführten Umfrage. Der Angriff der westlichen Unternehmen wird vor allem zum Alptraum der kleinen Handels- und Transportfirmen mit bis zu fünf Angestellten.

Ist diese Angst vor der Konkurrenz rational? Wahrscheinlich ist sie übertrieben, denn der Eintritt in die E.U. im Mai 2004 bedeutet keinen Bruch, sondern nur einen weiteren Schritt in einem Prozess, der schon jetzt stärkeren Wettbewerb mit sich bringt.

Trotz diesen Befürchtungen versuchen die Unternehmer nicht, ihre Strategie radikal zu ändern. Ein verhältnismässig geringer Teil der Firmen schätzt, dass sie ihre Marketingstrategie anpassen müssen und sieht vor, dies nur eventuell zu tun, in unbestimmter Zukunft. Noch weniger notwendig, den Resultaten der Umfrage her zu schliessen, erscheinen ihnen Veränderungen in der Organisation und im Firmenmanagement.

Die E.U. – Ängste sind jedoch nicht so gross, als dass sich die Unternehmen von einem Beitritt abwenden würden. Fast zwei Drittel der KMU unterstützt eine Mitgliedschaft in der Union, und zwar so rasch wie möglich. Je grösser die Firma, desto positiver sind sie dem Beitritt gesinnt: Bei den Unternehmen mit 50 – 250 Beschäftigten beträgt der Anteil der Beitrittsanhänger 90%.

Was lockt an der Integration? Ein verbessertes Rechtswesen und der Zugang zu einem grösseren Markt, attraktive Kredite, ein einfacherer Zugang zu neuen Technologien und zu Know-how – so die Antworten in der Umfrage.

Das Verhältnis zu den rechtlichen Änderungen ist dabei zwiespältig – die Unternehmen rechnen mit besseren Vorschriften, aber fürchten die eigentlichen Veränderungen. Anders als im Falle der Marketingstrategie veranlasst sie die Furcht in diesem Bereich, konkrete Massnahmen einzuleiten. In den meisten Fällen sind denn auch die heute geplanten und die eingeleiteten Veränderungen in den Firmen auf die neuen Normen und Vorschriften zurückzuführen.

Ein bedeutender Anteil der befragten Firmen erwähnt bei den Vorteilen, die ihnen aus der E.U.-Mitgliedschaft erwachsen, auch die durch die Union erbrachten Investitionsbeiträge und Beratungsdienstleistungen.

Bei unseren Unternehmern wächst das Bewusstsein über die Folgen des Eintritts in die E.U. Der Beweis dafür ist, dass die Unternehmer, die in Zusammenhang mit der E.U. keine Bedrohungen sehen, immer weniger werden – heute sind es gerade noch acht Prozent. Ende 2000 hatte sich bei einer analogen Umfrage noch jeder vierte Unternehmer derart sorglos über den Eintritt geäussert. Gleichzeitig ist auch die Zahl der Firmen, die keinerlei Nutzen im Beitritt sieht, beträchtlich zurückgegangen – von 53,3% im Jahr 2000 auf 24,1% heute. Je näher wir der Union sind, desto besser wird die Information über die Beitrittsfolgen; die Unternehmer beschäftigen sich selbst mit dem Thema und besprechen es mit ihren Geschäftspartnern.

Die Exportwirtschaft in schwierigen Zeiten

Auf Grundlage von im Februar 2003 in der Tageszeitung „Rzeczpospolita“ erschienenen Materialien. *Aus dem Polnischen von Michael Derrer.*

Die polnischen Exporteure haben sich im Jahr 2002 zu helfen gewusst. Die Unternehmen haben angesichts der fallenden Inlandnachfrage Abnehmer für ihre Waren im Ausland gesucht. Und da es bei unserem grössten Handelspartner, Deutschland, schlechter lief, haben sie nicht auf eine plötzliche Besserung gewartet, sondern sind stärker in Märkte eingedrungen, wo die Nachfrage gestiegen ist: Frankreich, Schweden, Russland und die Ukraine. Sie haben sich damit abgefunden, dass keine wundersame Abwertung des polnischen Zloty erfolgen wird, und sie stattdessen bestrebt sein müssen, ihre Preise durch Kostensenkungen niedrig zu halten, und ihre Wettbewerbsfähigkeit durch bessere Qualität zu steigern.

Die guten Aussenhandelsdaten des letzten Jahres sind aber auch ein Resultat der in unserem Land getätigten Investitionen: polnische Firmen werden internationalen Unternehmen eingegliedert, die darüber entscheiden, ob bestimmte Komponenten ihrer Produkte in Polen produziert werden.

Ein schwächerer Zloty würde sicherlich zu besseren Exporterträgen führen. Aber nur kurzzeitig. In längerfristiger Perspektive werden die härteren Konkurrenzbedingungen für die polnischen Firmen einen positiven Effekt haben. Es ist keine Kunst, gute Erträge zu erzielen, wenn die Weltkonjunktur gut und der Zloty schwach ist. Nur die Fähigkeit, Waren auch in schlechten Zeiten verkaufen zu können, lässt auf eine wirkliche Wettbewerbsfähigkeit des Produzenten schliessen. Somit heisst die Devise: Durchhalten auf den schwierigen Märkten und sobald die Bedingungen sich auch dort wieder bessern, wird man

Aus der mitteleuropäischen Presse Polen

mehr Gewinn erwirtschaften als diejenigen, die nur abgewartet haben.

Das vergangene Jahr fiel aber nicht nur für die polnischen Exporteure gut aus, sondern auch für diejenigen der anderen E.U.-Beitrittskandidaten. Gestiegen sind auch die Exporte aus der Slowakei, der Tschechischen Republik, und, in leicht geringerer Masse, aus Ungarn - und dies trotz der Verlangsamung der Wirtschaft in der Europäischen Union. Die Tendenz ist ausgeprägt: Die Beitrittsländer erhöhen ihren Export in die E.U. Hoch war aber auch die Verkaufsdynamik nach Russland und in die Ukraine.

Geringer fielen hingegen im vergangenen Jahr die Importe aus, was auf die fehlende wirtschaftliche Belebung in Polen zurückzuführen ist. Es erfolgte jedoch kein bedeutender Einbruch, da der Anstieg des Verkaufs polnischer Waren immer auch bestimmte Importe mit sich zieht, verwendet doch die polnische Exportwirtschaft viele eingeführte Bestandteile. Alles in allem bewirkten die geringeren Importe und die Steigerung der Exporte einen Abbau des Aussenhandelsdefizits: Während es 2001 noch 11,675 Mia. USD betragen hatte, beläuft es sich ein Jahr später nur noch auf 10,294 Mia. USD, ein Rückgang also von 11,8%.

Die Prognosen für den Aussenhandel sind für das Jahr 2003 recht optimistisch. Es ist offensichtlich, dass die Exporterträge hoch sein werden. Jedoch kann man wohl nicht mehr auf einen Zuwachs wie im Jahr 2002 zählen.

Die Ökonomen schätzen, dass im Jahr 2003 der Aufschwung der polnischen Wirtschaft eintritt. Eine grössere Inlandnachfrage wird aber auch dazu führen, dass der Import schneller wächst als der Export und das Leistungsbilanzdefizit wieder zunimmt.

Schattenwirtschaft bis zum dunklen Ende

Auf Grundlage eines im Wochenmagazin „Wprost“ im Februar 2003 erschienen Kommentars. *Aus dem Polnischen von Michael Derrer.*

Die polnische Schattenwirtschaft erinnert an ein riesiges dunkles Loch, in dem wir, wie in einem kosmischen Schwarzen Loch, wahrscheinlich alle bald verschwinden werden. Bisher ist darin schon fast ein Drittel unseres BNP verschwunden. Aber unsere Unternehmer haben das letzte Wort in der Sache noch nicht gesprochen: als Reaktion auf den Würgegriff des verfehlten Arbeitsrechts, der hohen, ständig wachsenden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge und der allgegenwärtigen Bürokratie weicht einer nach dem andern in die Untergrundwirtschaft aus.

Zusammen mit den Unternehmern wechseln auch ihre Kunden in diese „Graue Zone“ hinüber – wie die Erscheinung in Polen genannt wird. Schon über die Hälfte aller

Polen erklärt, dass sie von diesem Angebot Gebrauch macht, um Kleider, Möbel oder CDs einzukaufen, oder Maler, Nachhilfelehrer, Ärzte oder Haushaltshilfen schwarz anzustellen.

Die Flucht aus der kommunistischen Volksrepublik, die eine einzige Graue Zone war, ist daher nicht vollständig geglückt. Millionen von Polen arbeiten heute für die Schattenwirtschaft, und einige Dutzend Millionen machen von ihren Diensten Gebrauch und entwischen dadurch dem gefräßigen Fiskus.

„Schattenwirtschaft“, „Graue Zone“, „Untergrundwirtschaft“ – Bezeichnungen der gleichen Krankheit der Wirtschaft und des Staates: Ein Gebilde, das im fortgeschrittenen Stadium das Wertvollste in einer Marktwirtschaft aushöhlt und zuletzt zerstört: Den Mechanismus des freien Wettbewerbes.

Zur Bildung einer Schattenwirtschaft mit derartigen Ausmassen haben alle aufeinanderfolgenden Regierungen, Parlamente und Präsidenten beigetragen. Wie sollte man sie am besten behandeln? Als Schuldige, die das eigene Land bewusst zerstören und daher eine harte Strafe verdienen, als seltsame Kerle, die sich ihrer Schädlichkeit gar nicht bewusst sind, oder als kranke Leute, die rasch einer Zwangsheilung übergeben werden sollten?

Das Rezept zur Gesundung der Wirtschaft, d.h. einer möglichst geringen Schattenwirtschaft, ist sehr einfach: es würde reichen, das Steuersystem zu vereinfachen und die Steuern zu senken. Oder, noch besser, einen linearen Steuersatz einzuführen, tiefe Sozialversicherungsbeiträge hinzuzufügen, fein geschnittene Bürokratie beizugeben, und das Ganze mit einer liberalen Arbeitsgesetzgebung zu salzen. Die Frage ist nur, ob die Regierenden bereits reif sind, um uns eine solch nahrhafte Kost zuzustehen. Das Finanzministerium scheint in die entgegengesetzte Richtung zu steuern, anders als die Russen, die dabei sind, die Steuern zu senken. Bei uns ist von einer Steuersenkung nichts zu hören. Stattdessen serviert man uns ein Gesetz, das eine repressivere Handhabung der Steuerkontrolle vorsieht. Der eingeschlagene Weg führt direkt in die Ukrainisierung der Wirtschaft – in der Ukraine werden 50% des BNP und 66% der Einkünfte der privaten Haushalte in der Schattenwirtschaft produziert.

Wenn wir so weiterfahren, werden wir diesbezüglich zum Schlusslicht der E.U. werden - die Schattenwirtschaft wird uns noch ein dunkles Ende bereiten.

Die Rubrik "Aus der mitteleuropäischen Presse" beinhaltet Analysen und Kommentare aus Zeitungen und Zeitschriften Mittelosteuropas. Die Texte wurden aus der Originalsprache ins Deutsche übersetzt, leicht gekürzt und für ein schweizerisches Publikum aufbereitet. Der Initiator der Rubrik, Michael Derrer, hat Sozial- und Wirtschaftswissenschaften studiert und arbeitet als Projektleiter für Mittelosteuropa und die GUS. Er ist kontaktierbar auf michael.derrer@greenmail.ch